

Protokoll

Nr. XII/22/2019

der öffentlichen Sitzung des Sozialausschusses

vom Dienstag, dem 20.08.2019

Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr

Sitzungsende: 21:55 Uhr

I. Vorsitzende

Zunke, Sandra

II. Die weiteren Ausschussmitglieder

Bohne, Günter
Bolz, Ulrike
Feisel, Susanne
Gerstenberg, Petra
Henrici, Monika
Meyer, Horst
Roepke, Thomas
Weber, Matthias
Moses, Andreas für Emrich, Susanne
Muschter, Jan für Bosch, Corinna

III. Von der Stadtverordnetenversammlung

Bellino, Holger
Fleischer, Hans-Peter
Dr. Göbel, Jürgen
Kirberg, Till
Strutz, Birger
Schirner, Regina
Töpferwien, Bernd

IV. Vom Magistrat

Pauli, Thomas
Dr. Müller, Gerriet
Stempel, Jürgen
Dr. Kirberg, Karl-Wilhelm

V. Von der Verwaltung

Vogel, Frank

VI. Als Gäste

Stadtelternbeirat Andrea Schoepski
Stadtelternbeirat Christina Pfütze

VII. Schriftführerin

Engers, Anja

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Nach der Begrüßung der Anwesenden, stellt die Vorsitzende weiter fest, dass es noch zwei Änderungen gibt, und zwar wird der TOP 2 (Protokoll 15.08.), das zur heutigen Sitzung noch nicht vorgelegt werden kann, abgesetzt und die Tischvorlage zur Wahl von Schriftführern unter dem TOP 4.2 behandelt. Gegen die geänderte Tagesordnung erheben sich keine Einwände. Sie wird wie folgt erledigt:

1. Genehmigung des Beschluss-Protokolls Nr. XII/20/2019 über die Sitzung des Sozialausschusses am 04.06.2019

Frau Schirner beantragt, dass zum TOP 3.5 Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Neu-Anspach (ISEK 2040) - ins Protokoll aufgenommen wird, warum keine Beratung und Beschlussfassung erfolgt ist. Hintergrund war, dass sich die Arbeitsgruppen in dem Konzept bislang nicht wirklich wiederfinden und die Sprecher der Arbeitsgruppen keine bzw. veraltete/unzureichende Unterlagen erhalten haben und zum Teil gar keine Einladung zur Sitzung.

Außerdem beantragt sie zu ergänzen, dass der gefasste Beschluss auf Antrag von Petra Gerstenberg erfolgte, um das Durcheinander und die Verwirrung bei den Ausschussmitgliedern und den Sprechern der Arbeitsgruppe zu beenden.

Beschluss

Es wird beschlossen, das Protokoll Nr. XII/20/2019 über die Sitzung des Sozialausschusses am 04.06.2019 mit folgenden Änderungen zu genehmigen:

Zu TOP 3.5 (Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Neu-Anspach (ISEK 2040) wird protokolliert, dass auf Antrag von Petra Gerstenberg beschlossen wurde, eine Sondersitzung aller Ausschüsse mit den Sprechern der Arbeitsgruppe sowie Frau Schade zu organisieren und durchzuführen.

Die Beschlussfassung erfolgt, da sich die Arbeitsgruppen in dem Konzept bislang nicht wirklich wiederfinden und die Sprecher der Arbeitsgruppen keine bzw. veraltete/unzureichende Unterlagen erhalten haben und zum Teil gar keine Einladung zur Sitzung.

Beratungsergebnis: 11 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

2. Genehmigung des Beschluss-Protokolls Nr. XII/21/2019 über die Sitzung des Sozialausschusses am 15.08.2019

Der TOP wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt. Eine Beratung und Beschlussfassung findet nicht statt.

Beschluss

Entfällt.

3. Bericht aus den Kindertagesstätten der freien und kirchlichen Träger

Ulrike Bolz berichtet von der Sitzung beim VzF am 14.08.2019. Es wurde angekündigt, dass trotz der Kürzungen bei den quartalsweisen Auszahlungen an den VzF die Stadt eine Rückzahlung für 2018 in Höhe von rund 120.000,00 € erhält. Diese ist wieder mit den nicht besetzten Stellen sowie Ausfällen durch Schwangerschaft und Langzeiterkrankten begründet. Zum Abschluss des neuen Kindertagesstättenbetriebsvertrages wurde darauf hingewiesen, dass der Vertrag der Verwaltung vorgelegt wurde, dieser mit Änderungen an den VzF zurückgegeben wurde und jetzt Klärungsbedarf besteht. Eine Änderung der Verwaltung war z.B. die Befristung auf drei Jahre. Dieser Zeitraum ist dem VzF zu kurz. Außerdem sei Frau Bolz autorisiert worden mitzuteilen, dass der

VzF es nicht mehr zulassen wird, dass die Zahlungen an ihn im Vorfeld schon gekürzt werden. Vom VzF wurde deutlich gemacht, dass er dann zu keiner Zusammenarbeit mehr bereit ist.

Bürgermeister Pauli teilt hierzu mit, dass ein Gespräch mit dem Geschäftsführer des VzF bereits stattgefunden hat. Die Situation sei etwas vertrackt gewesen, da es zunächst einen neuen Geschäftsführer gab, der auch den ersten Vertragsentwurf vorgelegt hat. Dann hat dieser gekündigt und die Änderungen der Verwaltung wurden dem „alten“ wieder im Amt befindlichen Geschäftsführer, Herrn Hruby, vorgelegt. Von ihm wurde im Gespräch die Aufnahme der 20 %ige Kürzung der Auszahlungen im Vertrag wieder zugesagt, allerdings stellt die Befristung auf drei Jahre ein Problem für ihn dar. Er möchte eine längere Laufzeit. Es wurde außerdem Einigkeit darüber erzielt, dass ein Vertrag für alle drei Einrichtungen des VzF in Neu-Anspach abgeschlossen wird.

Frau Henrici weist darauf hin, dass die Verträge mit der Kirche ebenfalls einen Laufzeit von drei Jahren vorsehen und hier keine Beanstandung stattfand. Es sei daher verwunderlich, warum dies beim VzF ein Problem ist. Thomas Pauli sichert für die nächste Sitzungsrunde den Vertragsentwurf zu.

4. Beratungspunkte

4.1 Erlass einer 2. Änderungssatzung zur Gebührensatzung zur Satzung über die Benutzung der Kindertagesstätten vom 19.04.2018 Vorlage: 194/2019

Thomas Pauli informiert darüber, dass der Magistrat nicht dem Beschlussvorschlag in der Vorlage gefolgt ist, sondern die Einnahme von 1/3 der Personalkosten, mithin 126.000,00 €, beschlossen hat. Auf die Anlage zur Vorlage mit der Verteilung von 382.000,00 € zu 1/3 wird verwiesen. Auf der Homepage sind unter den „News“ außerdem die Fragen des Stadelternbeirates und die Antworten eingestellt. Ergänzt wurden sie noch durch eine heutige Rundmail, mit der ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass sie auf die Betriebsabrechnungsbögen der freien Träger warten möchten. Nichts desto trotz gibt es den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der vorgibt, dass in 2019 mindestens 20.000,00 € Mehreinnahmen für den Kita-Bereich erzielt werden müssen.

Frau Schoepski vom Stadelternbeirat kann nicht nachvollziehen, wie man auf eine Personalkostensteigerung vom 382.000,00 € gekommen ist. Nach ihrer Meinung ist in der Kostenleistungsrechnung 2018 für die städtischen Kitas die Tarifierhöhung schon eingerechnet. Die Kürzung der 10 %igen Vorbereitungszeit aus 2018 wirkt sich zusätzlich nur auf die städtischen Kitas aus. Die Vorlage der freien Träger fehlt.

Herr Töpferwien erläutert, dass er die Kosten für die Erzieher und Küchenkräfte aus den Haushaltsplänen entnommen hat. Die Rechnung hierzu ist in sich schlüssig und schließt mit 392.000,00 € ab. Vom Bürgermeister wurden dann die Küchenkräfte herausgenommen und die Personalkostensteigerung auf 382.000,00 € reduziert.

Petra Gerstenberg fragt nach, was die Stadt eine Betreuungsstunde Kita und Kleinkind kostet. Bürgermeister Paul verweist hierzu ebenfalls auf die Anlagen die Diskussionsgrundlage für den AK-Kitas war. Demnach kosten bei den städtischen Kitas sechs Betreuungsstunden 457,82 € und im Kleinkindbereich 872,50 €.

In der weiteren Diskussion wird festgestellt, dass keine ausreichende Diskussion in der einen Sitzung des AK-Kitas stattfand, auch deshalb, weil man zu spät mit der Thematik angefangen hat. Es wird gewünscht, dass diese Sitzungen früher stattfinden und Gegenüberstellungen der Auswirkungen der Gebührenerhöhungen erfolgen. Diese Bestätigungen oder Wiederlegungen seien bis heute für die Erhöhungen 2018 nicht geschehen. Es fehlt der Vergleich vorher-nachher, ob sich das Rechenmodell auf der Grundlage der KLR bewährt hat. Es soll außerdem ein Einvernehmen zwischen der Verwaltung und dem Stadelternbeirat herbeigeführt werden, und zwar bis zur HFA-Sitzung.

Der Ausschuss stellt fest, dass sich dennoch die Zeit genommen werden sollte, alle Fragen zu beantworten. Ein Beschluss kann er dann gefasst werden, wenn alle Fragen beantwortet sind und sie erwarten, Unterlagen zu bekommen, die schlüssig sind.

Thomas Pauli ergänzt, dass die Betriebsabrechnungsbögen der freien Träger bis heute nicht vorliegen und die Beschlussvorlage auf der Grundlage des Beschlusses der StaVo ausgearbeitet wurde.

Dr. Göbel bestätigt, dass es bei der heutigen Beschlussgrundlage nur um die Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung geht, wonach 80.000,00 € jährliche Mehreinnahmen erzielt werden sollen.

Andreas Moses vertritt ebenfalls die Ansicht, dass es hier um die Umlegung von 80.000,00 €/Jahr geht und dass die Diskussionen richtig wären, wenn die 1/3 Lösung der Personalkosten Grundlage für den Beschlussvorschlag bilden würden. Er macht an dem Beispiel Hortplatz klar, dass der Platz aktuell 193,00 € und zukünftig 197,00 € kosten soll. Diese Erhöhung von 4,00 € macht im Jahr Mehrkosten von 48,00 € aus. Auf dieser Grundlage könnten alle Module hochgerechnet werden und die Zweifel, dass die Erhöhung der Gebühren jährlich 80.000,00 € ausmacht und die Eltern nicht mehr belasten, ausgeräumt werden.

Bürgermeister Pauli gibt nur zu bedenken, dass es durch den monatlichen Wechsel von Modulen zu Schwankungen kommt.

Auf Nachfrage, warum dem Ausschuss der Magistratsbeschluss nicht vorliegt, verweist er auf die Anlage zur Vorlage (Umlegung 1/3 von 382.000,00 €). Außerdem sind die Beratungsergebnisse für die Fraktionsvorsitzenden abrufbar.

Vom Stadelternbeirat wird kritisiert, dass die KLR jetzt doch mit Overhead gerechnet wird, obwohl es im vergangenen Jahr ohne beschlossen wurde.

Thomas Pauli sichert die Vorlage der Betriebsabrechnungsbögen für alle Träger zu, sobald die Abrechnungen 2018 der Verwaltung vorliegen.

Herr Töpferwien weist darauf hin, dass seine Fraktion bereits beantragt hat, die alten Betriebsvereinbarungen mit dem VzF zu kündigen. Die Zahlen sind vertraglich von den freien Trägern zu liefern. Die Verträge sind entsprechend anzupassen.

Es besteht Einvernehmen, dass der AK-Kitas auf jeden Fall fortbestehen soll. Da es hier nicht nur um die Gebühren, sondern auch um die Qualität in den Kitas geht und in diesem AK ein sehr gutes Diskussionsklima herrscht. Somit wird er weiter eine wesentliche Rolle spielen.

Sandra Zunke stellt fest, dass man hier mit dem Stadelternbeirat nicht auf einen Nenner kommt. Sie verstehen nicht, warum die Planzahlen 2019 für die Personalkosten zugrunde gelegt werden, obwohl die Ist-Zahlen 2018 für die städtischen Kitas vorliegen. Sie plädieren weiterhin für eine Neuberechnung ohne Overhead. Außerdem erfolgt der Hinweis auf eine Tarifsteigerung von 3% und die gesunkenen Kosten in 2018.

Herr Töpferwien fasst zusammen, dass es den Parlamentsauftrag mit dem Ziel 80.000,00 € Mehreinnahmen/Jahr zu erzielen gibt. Er versteht nicht, wie der Stadelternbeirat von 3 % Personalkostensteigerung sprechen kann, da sie im Haushalt 2018 nicht eingepreist waren. Es kann nicht erwartet werden, dass der Stadelternbeirat für die Stadtverordnetenversammlung Entscheidungen trifft. In dem Beschluss ging es darum, in vernünftigen Schritten anzufangen, um das Defizit aufzufangen.

Bürgermeister Pauli erläutert, dass erhebliche Einsparungen nur zu Lasten des Personals der Kitas gehen können. An den übrigen Kosten ist nichts mehr zu machen, sonst müssen die Eltern die Windeln und das Malpapier selbst mitbringen. Er fragt nach, welche Unterlagen bis zum HFA vorgelegt werden sollen.

Es soll auf jeden Fall das Abstimmungsgespräch mit dem Stadelternbeirat geben. Thomas Pauli ist gerne bereit, hier einen Termin zu vereinbaren, allerdings gibt er zu bedenken, dass beide Seiten bereits die Meinung der anderen kennen. Er wird im Anschluss der Sitzung einen Termin mit den beiden Vertreterinnen ausmachen.

Vom Bürgermeister wird darauf hingewiesen, dass im Haushaltsplan 2018 keine Tarifsteigerungen eingerechnet waren. Diese wurden ab März 2018 über zwei Jahre wirksam. Für 2020 ist nochmal eine kleine Steigerung von 1,5 % vorgesehen. Außerdem gibt es klare Vorgaben aus dem KiföG,

welche Stellen vorzuhalten sind. Ausfälle durch Langzeiterkrankung, Schwangerschaften usw. werden nach Möglichkeit immer kurzfristig durch Stundenerhöhung von Teilzeitkräften oder Einstellung von Aushilfen aufgefangen, so dass hier nicht mit Einsparungen gerechnet werden kann.

Frau Schoepski weist nochmal darauf hin, dass sie 1/3 der Personalkosten umgelegt haben möchten sowie die Betriebsabrechnungsbögen der freien Träger. Sandra Zunke entgegnet, dass die Kosten dann aber wesentlich höher ausfallen.

Bürgermeister Pauli weist darauf hin, dass die Abrechnungen der freien Träger nicht im 1. Quartal des Folgejahres vorliegen werden. Vielleicht sollten künftige Gebührenerhöhungen und Diskussionen weg zum Kita-Jahr (in der Regel 01.08.) hin zum Haushaltsjahr gehen.

Holger Bellino beantragt, dass die Vorlage neuer Gebührensatzungen bzw. die Vorlage der Grundlagen und die damit verbundenen Beschlüsse auf jeden Fall im April zu treffen sind. Gegebenenfalls kann dann im Juni eine Folgeberatung erfolgen. Außerdem muss hierzu unbedingt die Evaluation vorliegen, aus der hervorgeht, ob die Erhöhungen auskömmlich sind.

Sandra Zunke lässt über diesen Antrag abstimmen.

Beschluss:

Auf Antrag von Holger Bellino wird beschlossen, dass Änderungen der Gebührensatzung künftig im April auf die Tagesordnung gesetzt werden, gegebenenfalls ist im Juni eine zweite Beratungsrunde vorzusehen. Unabdingbar für eine Beratung ist die Vorlage der Evaluation aus der hervorgeht, ob es auskömmlich ist.

Beratungsergebnis: 11 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

Till Kirberg beantragt, dass mit den freien Trägern vereinbart wird, dass die Abrechnungen der Vorjahre bis zum 31.03. des Folgejahres vorliegen. Andreas Moses ergänzt, dass gegebenenfalls vorläufige Zahlen geliefert werden sollen. Auch hierzu erfolgt eine Abstimmung.

Beschluss:

Weiter wird auf Antrag von Till Kirberg und Andreas Moses beschlossen, dass mit den freien Trägern vereinbart wird, dass die Abrechnungen der Vorjahre bis zum 31.03. vorliegen. Gegebenenfalls sind vorläufige Zahlen zu liefern, damit es möglich ist, die Betriebsabrechnungsbögen zu erstellen.

Beratungsergebnis: 11 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

Sandra Zunke fasst zusammen, dass sich die Politiker ihrer Verantwortung bewusst sind und sie daher den Beschlussvorschlag nicht abstimmen lassen wird. Von Frau Bolz wird ergänzt, dass die Basis bereits ein strittiger Punkt ist und ein Abstimmungsgespräch mit dem Stadelternbeirat erfolgen soll. Sandra Zunke stellt fest, dass dem Stadelternbeirat die Verteilung der Personalkosten von 382.000,00 € zu 1/3 zu hoch sind, verweist aber auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, wonach 20.000,00 € für 2019 erzielt werden müssen. Diese Summe entspricht 1/3 von 240.000,00 €, so dass die Personalkosten nicht in voller Höhe umgelegt werden und die Einsparungen durch Langzeiterkrankte usw. schon Berücksichtigung finden.

Es wird Einigkeit darüber erzielt, dass heute keine Abstimmung im Sozialausschuss erfolgt. Die weitere Beratung wird, unter Terminierung eines bis dahin zu erfolgenden weiteren Abstimmungsgesprächs mit dem Stadelternbeirat, an den HFA verwiesen.

Beschluss:

Es wird beschlossen, im Sozialausschuss nicht über den Beschlussvorschlag abzustimmen. Vielmehr ist mit dem Stadelternbeirat ein weiteres Abstimmungsgespräch zu terminieren und die weitere Beratung an den HFA zu verweisen.

Beratungsergebnis:11 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

**4.2 Wahl der Schriftführerin und deren Stellvertreter für die Fachausschüsse der Stadtverordnetenversammlung in der XII. Legislaturperiode, Aktualisierung
Vorlage: 214/2019**

Beschluss:

Es wird beschlossen, folgende(n) Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter der Verwaltung zur Schriftführerin bzw. zum stellvertretenden Schriftführer zu wählen:

1. Bauausschuss (BauA):

Schriftführerin: Sarah Corell
Stellvertretender Schriftführer: Martin Sachs

2. Vergabekommission:

Schriftführerin: Sarah Corell
Stellvertretender Schriftführer: Martin Sachs

Weiter wird beschlossen, dass alle gewählten Schriftführer/innen bzw. die Stellvertreter/innen in allen Fachausschüssen/Gremien eingesetzt werden können.

Es wird festgestellt, dass es sich bei der Schriftführertätigkeit nicht um eine Aufgabe handelt, die unmittelbar zur Aufgabenerfüllung des jeweiligen Arbeitsplatzes gehört. Die Schriftführertätigkeit ist vielmehr als ehrenamtliche Tätigkeit anzusehen.

Beratungsergebnis:11 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

5. Mitteilungen des Magistrats

**5.1 Neuer Kindertagesstättenbetriebsvertrag mit dem VzF-Taunus e.V.
Vorlage: 201/2019**

Auf die Ausführungen unter TOP 3 wird verwiesen.

Mitteilung:

Der Verein zur Förderung der Integration Behinderter Taunus e.V. hat einen neuen Kindertagesstättenbetriebsvertrag für die drei Einrichtungen Taunusstraße, Mitte und Mini-Mitte vorgelegt. Aufgrund der von der Verwaltung vorgenommenen Ergänzungen und Veränderungen besteht beim VzF Gesprächsbedarf. Durch die Urlaubszeit kann dieser Termin erst nach den Sommerferien vereinbart werden. Über das Ergebnis wird berichtet.

**5.2 Bedarfsplan der Standortkommune nach § 30 Abs. 1 HKJGB für das Jahr 2019
Vorlage: 202/2019**

Mitteilung:

Auf Wunsch des Sozialausschusses sind diesen Mitteilungen die Kindertagesstättenbedarfspläne 2019 für den Ü3- und U3-Bereich beigelegt. Diese müssen jährlich von der Standortkommune dem Hochtaunuskreis vorgelegt werden. Da die Horte keine Pflichtbetreuung der Kommune darstellt,

wird hier keine separate Meldung gefordert. Allerdings werden sie in den Bedarfsplanungen Ü3 und U3 mit den möglichen Belegungszahlen aufgeführt.

5.3 Webinar-Reihe der Verbraucherzentrale zu Energiethemen Vorlage: 211/2019

Mitteilung:

Ab September veranstaltet die Energieberatung der Verbraucherzentrale Webinare, um Verbraucher über wichtige Energiethemen online und interaktiv zu informieren. Die Teilnahme ist kostenlos und nach Anmeldung unter www.verbraucherzentrale-energieberatung.de/webinare bequem von zuhause aus möglich. Auf der Homepage finden sich weitere (technische) Informationen zu den Webinaren.

Themen und Termine:

- Solaranlagen – von „gut gemeint“ zu „gut gemacht“
Donnerstag, 5. September 2019 – 19:00 – 20:00 Uhr
- Ist Ihre Heizung fit für den Winter?
Montag, 7. Oktober 2019 – 18:00 – 18:45 Uhr
- Energie sparen zu Hause – kleine Tipps mit großer Wirkung
Dienstag, 12. November 2019 – 17:30 – 18:15 Uhr

6. Anfragen und Anregungen

6.1 Bestattungen in Neu-Anspach

Hans-Peter Fleischer:

Er wird festgestellt, dass es in Neu-Anspach fünf Friedhöfe gibt, es aber nicht möglich ist, zwei Bestattungen parallel durchzuführen. Wegen der Angehörigen sollten Bestattungen außerdem auch in den Abendstunden möglich sein. Hier sollte eine Anpassung an die umliegenden Kommunen erfolgen, wie z.B. Usingen. Dort sind Bestattungen mit einer Zuschlagszahlung auch dann möglich. Außerdem sollte die Möglichkeit geprüft werden, ob z.B. Urnenbestattungen auch von der Pietät durchgeführt werden können.

Bürgermeister Pauli nimmt die Anregungen auf, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass hierfür eine Änderung der Gebührenordnung notwendig ist.

6.2 DGH-Schließungen

Hans-Peter Fleischer:

Bei einer DGH-Schließung von 6 Wochen sollte es möglich sein, diese für Trauerfeiern zu öffnen. Es muss kommuniziert werden, dass man dann rein kann.

Sandra Zunke antwortet, dass eine Weitergabe an die Verwaltung erfolgt.

Ergänzung Verwaltung:

Die DGH's schließen drei Wochen. In dieser Zeit ist es schon immer möglich gewesen, Trauerfeiern zu buchen.

6.3 Kindertagesstättenbedarfsplan

Monika Henrici:

Frau Henrici bittet darum, dass der Kita-Bedarfsplan künftig ein TOP mit Beratung wird. Es sollte möglich sein, diesen auch im AK-Kitas zu beraten. Es ist eine wichtige Grundlage, die mehr im Mittelpunkt stehen muss und nicht nur als Mitteilung.

Holger Bellino weist darauf hin, dass zu Beginn der Sitzung die Möglichkeit besteht, auf Antrag auch eine Mitteilung in einen Tagesordnungspunkt zu ändern.

Sandra Zunke sichert eine Weitergabe an den AK-Kita zu.

Sandra Zunke
Ausschussvorsitzende

Anja Engers
Schriftführerin